



Deutscher Kundendienst ...

Informationsveranstaltungen wie jetzt hier in Freiburg hat es bereits in mehreren deutschen Städten gegeben. Wegen anhaltender Proteste wurden solche Veranstaltungen in Köln und Berlin zeitweise komplett ausgesetzt. Wir wenden uns entschieden gegen die Beteiligung ziviler Arbeitsagenturen an Werbeveranstaltungen für Kriegsführung. Wir lehnen eine weitere Militarisierung der Zivilgesellschaft ab.

Arbeits- und Ausbildungsplätze ohne Kriegs- und Polizeieinsätze!

Schluß mit Werbung für Berufe in Uniform!

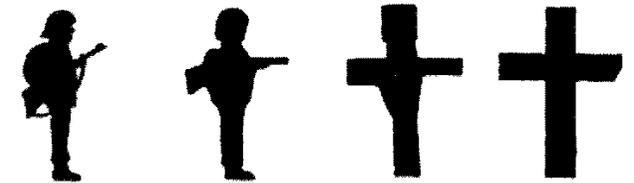
Infos zu Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung:

Freiburger Friedensforum
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB)
Stühlinger Str. 7 · 79106 Freiburg
Tel. 0761 - 7678088
friedensforum-fr@rib-ev.de



Einjähriger Auslandseinsatz
 ist verpflichtend
 für alle Zeitsoldaten der Bundeswehr:

Schluß mit der Werbung für „Berufe in Uniform“



Die Freiburger Arbeitsagentur veranstaltet am 13.12.1007 eine Werbeveranstaltung für Bundeswehr und Polizei. Beide betreiben ihre Werbung bekanntlich mit dem Angebot sicherer Arbeitsplätze und guter beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir vom Freiburger Friedensforum können die Vorstellung von sicheren Arbeitsplätzen bei der Bundeswehr nicht teilen. Seit die Bundeswehr bewaffnete Auslandseinsätze durchführt, wird sie auch in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. Seitdem ist der Dienst in der Bundeswehr mit Gefahr für Leib und Leben verbunden. Bei ihrem Einsatz in Afghanistan hat die Bundeswehr zunehmend Verluste zu beklagen. Auch aus den Verlautbarungen des Verteidigungsministeriums ist eine stark anwachsende Bedrohung für die Soldaten in Afghanistan zu entnehmen.

Wir vom Freiburger Friedensforum glauben auch nicht an die Behauptung, dass deutsche Interessen am Hindukusch verteidigt werden müssen; wir glauben ebensowenig an den humanitären Charakter der Bundeswehreinsätze. Zivile Hilfsorganisationen, die teilweise seit mehr als 10 Jahren in Afghanistan tätig sind, lehnen militärischen Schutz für ihre Arbeit ab, da dieser Schutz ihr Leben zusätzlich gefährdet und ihre Arbeit behindert. Dieser Schutz wird von einem Grossteil der Einheimischen in den betroffenen Ländern als Teil der Besatzungspolitik gesehen, die zunehmend Opfer in der Zivilbevölkerung verursacht. Aktuelle Berichte darüber liegen aus Afghanistan vor, nach denen auch der afghanische Präsident Karsai das brutale Vorgehen der Besatzer rügt.



Die Auslandseinsätze der Bundeswehr führen zur Bedrohung durch Terroranschläge in Deutschland – wie auch die deutschen Innenminister bestätigen. Die „Sicherheits“-Maßnahmen von Bundes- und Landesregierungen führen zu wachsender Militarisierung der Außen- und Innenpolitik und zu spürbarem Demokratieabbau. Folgen dieser „Sicherheits“-Politik sind wachsende Staatsausgaben für Verteidigung, Rüstung und Überwachung, was massive Kürzungen im Sozial-, Bildungs-, Umwelt- und Kulturhaushalt zur Folge hat.



Zu Polizeieinsätzen:

Auslandseinsätze der deutschen Polizei betrafen bisher schwerpunktmäßig Ausbildungs- und Schulungsaufgaben. Andere EU-Staaten, wie Frankreich, Spanien und Italien führen seit Jahren auch bewaffnete Polizeiaktionen im Ausland durch, die Militäraktionen gleichen. Solche Einsätze soll in Zukunft auch die deutsche Polizei durchführen. Dies wird in Innenministerkonferenzen längst diskutiert. Im Gegensatz zu bewaffneten Militäraktionen müssen Polizeiaktionen nicht vom Bundestag genehmigt werden. Eine weitere Militarisierung der Polizei steht also bevor.

